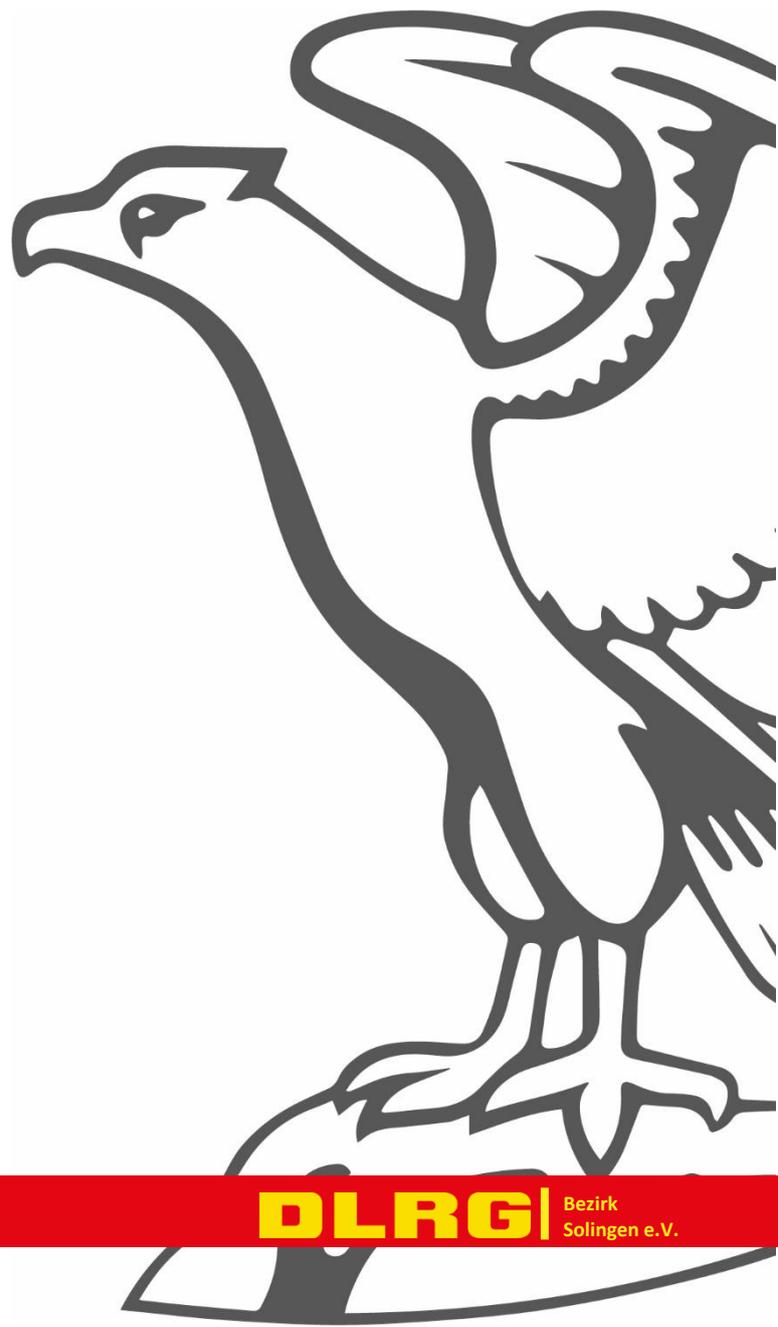


DLRG Bezirk Solingen e.V.

- Satzung -

Stand: 22.04.2010



Inhaltsverzeichnis

I.	Name und Sitz.....	4
	§ 1 Name und Sitz.....	4
II.	Zweck und Gemeinnützigkeit.....	4
	§ 2 Zweck.....	4
	§ 3 Tätigkeitszentren	5
	§ 4 Gemeinnützigkeit und Mittelverwendung	5
III.	Mitgliedschaft.....	5
	§ 5 Aufnahme	5
	§ 6 Ausübung der Rechte	5
	§ 7 Stimmrecht	6
	§ 8 Beitrag	6
	§ 9 Haftung bei eigenmächtigen Handlungen	6
	§ 10 Beendigung der Mitgliedschaft	6
IV.	Jugend.....	7
	§ 11 DLRG-Jugend	7
V.	Organe des Bezirks	7
	1. Bezirkstagung	7
	§ 12 Zuständigkeit.....	7
	§ 13 Zusammensetzung	8
	§ 14 Stimm- und Rederecht	8
	§ 15 Zusammentreten.....	8
	§ 16 Einberufung	8
	§ 17 Anträge	8
	2. Bezirksvorstand	9
	§ 18 Aufgaben	9
	§ 19 Zusammensetzung	9
	§ 20 Vertretungsbefugnis	9
	§ 21 Amtszeit.....	10
	§ 22 Geschäftsverteilung und geschäftsführender Vorstand	10
	§ 23 Beauftragte.....	10
	3. Schieds- und Ehrengericht.....	10
	§ 24 Wahl.....	10
	§ 25 Aufgaben und Verfahren.....	10
VI.	Ausschüsse	11
	§ 26 Bildung von Ausschüssen.....	11

VII. Allgemeine Bestimmungen	11
§ 27 Geschäftsjahr	11
§ 28 Einladungen.....	11
§ 29 Anträge	12
§ 30 Beschlussfähigkeit.....	12
§ 31 Abstimmungen und Wahlen	12
§ 32 Protokoll	13
§ 33 Haupt- und Wahlamt.....	13
VIII. Verhältnis Landesverband – Bezirk	13
§ 34 Anerkennung der Satzungen übergeordneter Gliederungen.....	13
§ 35 Kontrollrechte	13
§ 36 Eingriffsrechte	14
§ 37 Mitwirkungsrechte übergeordneter Gliederungen.....	14
§ 38 Pflichten des Bezirks.....	14
§ 39 Interner Geschäftsverkehr	15
IX. Ordnungen, Richtlinien und Anweisungen	15
§ 40	15
X. Veröffentlichungsorgan.....	15
§ 41	15
XI. Schlussbestimmungen.....	15
§ 42 Satzungsänderungen.....	16
§ 43 Auflösung des Bezirks.....	16
§ 44 Inkrafttreten der Satzung.....	16

Satzung der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft Bezirk Solingen e.V.

Zur Klarstellung

Im Folgenden werden mit Ämtern oder Aufgaben betraute Personen aus Gründen der Übersichtlichkeit und Kürze der Darstellung nur in der männlichen Form bezeichnet. Es bedeutet keineswegs eine Zurücksetzung der vielen in der DLRG tätigen Mitarbeiterinnen.

I. Name und Sitz

§ 1

Name und Sitz

(1) Der Bezirk Solingen der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (abgekürzt DLRG) ist eine Gliederung der DLRG Landesverband Nordrhein e.V. Er nennt sich

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft Bezirk Solingen e.V.

(2) Vereinssitz ist Solingen.

II. Zweck und Gemeinnützigkeit

§ 2

Zweck

(1) Die vordringliche Aufgabe des Bezirks ist die Schaffung und Förderung aller Einrichtungen und Maßnahmen, die der Bekämpfung des Ertrinkungstodes dienen.

(2) Zu den Kernaufgaben nach Absatz 1 gehören insbesondere:

1. frühzeitige und fortgesetzte Informationen über Gefahren im und am Wasser sowie über sicherheits bewusstes Verhalten,
2. Ausbildung im Schwimmen und in der Selbstrettung,
3. Ausbildung im Rettungsschwimmen,
4. Weiterqualifizierung von Rettungsschwimmern für Ausbildung und Einsatz,
5. Organisation und Durchführung eines flächendeckenden Wasser-rettungsdienstes im Rahmen und als Teil der allgemeinen Gefahren-abwehr von Bund, Ländern und Gemeinden.

(3) Zu den Aufgaben gehören auch die

1. Aus- und Fortbildung in Erste Hilfe und im Sanitätswesen,
2. Jugendarbeit,
3. Unterstützung und Gestaltung freizeitbezogener Maßnahmen am, im und auf dem Wasser,
4. Durchführung rettungssportlicher Übungen und Wettkämpfe,
5. Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Mitarbeiter, insbesondere auch in den Bereichen Führung, Organisation und Verwaltung,

6. Mitwirkung bei der Entwicklung und Prüfung von Rettungsgeräten und Rettungseinrichtungen sowie bei der wissenschaftlichen Forschung auf dem Gebiet der Wasserrettung durch die DLRG,
7. Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Behörden und Organisationen.

§ 3

Tätigkeitszentren

Der Bezirk kann zur Erfüllung seiner Aufgaben zweckdienliche Tätigkeitszentren, insbesondere für Ausbildung, Wasserrettungsdienste und Katastrophenschutz einrichten. Die Leitung kann einem Beauftragten oder einem Ausschuss übertragen werden.

§ 4

Gemeinnützigkeit und Mittelverwendung

- (1) Der Bezirk Solingen e.V. ist eine selbstständige Organisation der DLRG. Er verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Er ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (2) Mittel des Bezirks dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Bezirks. Der Bezirk darf niemandem Kosten erstatten, die seinem Zweck fremd sind, oder unverhältnismäßig hohe Vergütungen gewähren.
- (3) Die Mitarbeit ist grundsätzlich ehrenamtlich. Mitarbeiter des Bezirks haben Anspruch auf Erstattung ihrer für den Bezirk entstandenen Aufwendungen gemäß § 670 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

III. Mitgliedschaft

§ 5

Aufnahme

Mitglieder des Bezirks können natürliche und juristische Personen des privaten und öffentlichen Rechts werden. Sie erkennen mit ihrem Aufnahmeantrag diese Satzung, die Satzung des Landesverbandes Nordrhein e.V. und die Satzung der DLRG sowie die geltenden Ordnungen, Richtlinien und Anweisungen (§ 40) an und übernehmen alle sich daraus ergebenden Rechte und Pflichten. Mit ihrer Aufnahme erwerben sie gleichzeitig die Mitgliedschaft des Landesverbandes Nordrhein e.V. und der DLRG.

§ 6

Ausübung der Rechte

- (1) Die Mitglieder üben ihre Rechte im Bezirk aus. Sie werden in den übergeordneten Gliederungen durch die dafür von den jeweils zuständigen Organen gewählten Delegierten vertreten.
- (2) Die Ausübung der Mitgliedsrechte ist davon abhängig, dass der geschuldete Beitrag

mindestens für das vorausgegangene Jahr gezahlt worden ist.

§ 7 Stimmrecht

Das Stimmrecht kann nur persönlich und erst nach Vollendung des 16. Lebensjahres ausgeübt werden. Wahlfunktionen in Organen der DLRG oder ihrer Gliederungen können nur volljährige Mitglieder ausüben. Das aktive und passive Wahlrecht für die DLRG-Jugend regelt eine Jugendordnung.

§ 8 Beitrag

- (1) Die Mitglieder haben die von der Bezirkstagung festgelegten Jahresbeiträge zu leisten. Diese beinhalten die Anteile der übergeordneten Gliederungen. Der Mitgliedsbeitrag wird zum 31. März des jeweiligen Jahres fällig.
- (2) Alle Beitragszahlungen werden zunächst auf etwa bestehende Rückstände verrechnet.
- (3) Bei Beendigung der Mitgliedschaft erlischt die Beitragspflicht mit dem Ablauf des Geschäftsjahres, in dem die Beendigung wirksam wird.

§ 9 Haftung bei eigenmächtigen Handlungen

Durch eigenmächtige Handlungen eines Mitglieds werden die DLRG, der Landesverband und dessen Gliederungen nicht verpflichtet. Für Schäden haftet der Handelnde persönlich.

§ 10 Beendigung der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Austritt, Streichung oder Ausschluss.
- (2) Die Austrittserklärung eines Mitglieds kann nur zum 31. Dezember des Jahres erklärt werden. Die Erklärung muss dem Bezirk spätestens zum 30. November des Jahres schriftlich zugegangen sein.
- (3) Die Streichung eines Mitglieds kann erfolgen ab einem Zahlungsrückstand von einem Jahresbeitrag, wenn der Rückstand mindestens einmal unter Fristsetzung erfolglos angemahnt wurde. Auf Antrag kann die Mitgliedschaft nach Zahlung der Beiträge für die Ausfallzeiten rückwirkend fortgeführt werden. Die Rückwirkung hat nicht zur Folge, dass für die Dauer der Ausfallzeiten nachträglich Mitgliedschaftsrechte geltend gemacht werden können.
- (4) Den Ausschluss aus der DLRG regelt die Schieds- und Ehrengerichtsordnung der DLRG.

- (5) Endet die Mitgliedschaft, so hat der Ausscheidende das in seinem Besitz befindliche Eigentum der DLRG oder ihrer Gliederung unverzüglich zurückzugeben. Für eventuelle Schäden aus verspäteter Rückgabe haftet der Ausscheidende

IV. Jugend

§ 11 DLRG-Jugend

- (1) Die DLRG-Jugend ist die Gemeinschaft aller Jugendlichen im Bezirk.
- (2) Die Bildung einer Jugendgruppe und die damit verbundene jugendpflegerische Arbeit sind ein besonderes Anliegen und eine bedeutende Aufgabe des Bezirks. Die freiwillige selbständige Übernahme und Ausführung von Aufgaben der Jugendhilfe erfolgen auf der Grundlage der gemeinnützigen Zielsetzung des Bezirks.
- (3) Inhalt und Form der Jugendarbeit vollziehen sich nach einer Jugendordnung, die vom Bezirksjugendtag beschlossen wird und der Zustimmung der Bezirkstagung sowie des Landesverbandsjugendvorstands bedarf.
- (4) Im Jugendvorstand ist der Bezirksvorstand durch zwei seiner Mitglieder vertreten. Im Bezirksvorstand wird der Jugendvorstand nach § 19 Absatz 1 Nr. 7 vertreten.

V. Organe des Bezirks

1. Bezirkstagung

§ 12 Zuständigkeit

- (1) Die Bezirkstagung ist als oberstes Organ die Vertretung der Mitglieder des Bezirks. Sie gibt die Richtlinie für die Tätigkeit und behandelt grundsätzlich Angelegenheiten des Bezirks. Insbesondere ist sie zuständig für
1. die Entgegennahme der Berichte des Vorstands sowie der Revisoren,
 2. Wahlen
 - a. der Mitglieder des Vorstands,
 - b. der stellvertretenden Mitglieder des Vorstands,
 - c. der Mitglieder des Schieds- und Ehrengerichts,
 - d. der Delegierten und Ersatzdelegierten zur Landesverbandstagung,
 - e. zweier Revisoren und zweier Stellvertreter,
 3. Kenntnisnahme der Wahlen zum Bezirksjugendvorstand,
 4. Entlastung des Vorstands,
 5. Festsetzung von Mitgliedsbeiträgen, Umlagen und Fälligkeiten,
 6. Genehmigung des Jahresabschlusses,
 7. Genehmigung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes,
 8. Beschlussfassung über ihr vorgelegte Anträge,

9. Satzungsänderungen.

(2) Die Bezirkstagung ist öffentlich.

§ 13
Zusammensetzung

(1) Die Bezirkstagung setzt sich zusammen aus den Mitgliedern des Bezirks.

(2) Den Vorsitz in der Bezirkstagung führt der Bezirksleiter oder einer seiner Stellvertreter. Der Bezirksleiter kann auch ein anderes Mitglied des Bezirksvorstands mit der Verhandlungsleitung beauftragen.

§ 14
Stimm- und Rederecht

(1) Jeder Stimmberechtigte (siehe §6 Absatz 2 und § 7) hat eine Stimme.

(2) Bei der Bezirkstagung haben außer deren Mitgliedern auch der Vorsitzende des Schieds- und Ehrengerichts und die Revisoren Rederecht.

§ 15
Zusammentreten

Die Bezirkstagung tritt jährlich mindestens einmal zusammen, ferner als außer- ordentliche Bezirkstagung auf Beschluss des Vorstands oder auf Antrag von fünf Prozent der stimmberechtigten Mitglieder des Bezirks. Sollen bei einer außerordentlichen Bezirkstagung Neuwahlen erfolgen, obwohl noch ein gewählter Vorstand im Amt ist, bedarf es eines Antrags von mindestens zehn Prozent der stimmberechtigten Mitglieder des Bezirks.

§ 16
Einberufung

(1) Zur Bezirkstagung muss der Bezirksleiter mindestens einen Monat vorher die Mitglieder einladen.

(2) Für eine außerordentliche Bezirkstagung beträgt die Ladungsfrist zwei Wochen.

§ 17
Anträge

(1) Anträge zur Bezirkstagung müssen mindestens zwei Wochen, zu einer außer- ordentlichen Bezirkstagung mindestens eine Woche vor der Tagung eingegangen sein.

(2) Antragsberechtigt sind der Vorstand und alle stimmberechtigten Mitglieder des Bezirks.

2. Bezirksvorstand

§ 18 Aufgaben

Der Bezirksvorstand leitet den Bezirk im Rahmen dieser Satzung und ist für die Geschäftsführung verantwortlich. Ihm obliegt insbesondere die Ausführung der Beschlüsse der Bezirkstagung sowie der Organe und Gremien der übergeordneten Gliederungen.

§ 19 Zusammensetzung

- (1) Den Vorstand bilden
1. Bezirksleiter,
 2. bis zu zwei stellvertretenden Bezirksleitern,
 3. Geschäftsführer, der entfallen kann, wenn keine eigene Mitglieder-verwaltung besteht oder wenn ein hauptamtlicher Geschäftsführer tätig ist,
 4. Schatzmeister,
 5. Leiter Ausbildung,
 6. Leiter Einsatz,
 7. ein Vertreter des Bezirksjugendvorstandes oder ein von ihm bestimmtes anderes Mitglied des Bezirksjugendvorstandes.
- (2) Darüber hinaus können folgende weitere Vorstandsämter besetzt werden:
1. Bezirksarzt
 2. Leiter der Öffentlichkeitsarbeit
 3. Justiziar
- (3) Für die Vorstandsmitglieder nach Absatz 1 Nr. 3 bis 6 und Absatz 2 können Stellvertreter gewählt werden.
- (4) Bezirksleiter und stellvertretende Bezirksleiter können nicht gleichzeitig die Funktion des Schatzmeisters ausüben. Im Übrigen können jedoch einzelne Vorstandsfunktionen in Personalunion besetzt werden.

§ 20 Vertretungsbefugnis

Vorstand im Sinne des § 26 des Bürgerlichen Gesetzbuches sind der Bezirksleiter und die stellvertretenden Bezirksleiter. Jeder von ihnen ist allein vertretungs-berechtigt. Vereinsintern ist vereinbart, dass die stellvertretenden Bezirksleiter nur im nicht nachweispflichtigen Fall der Verhinderung des Bezirksleiters vertretungs-berechtigt sind.

§ 21 Amtszeit

Die in § 19 Absatz 1 unter Nummer 1 bis 6, und Absatz 2 aufgeführten Vorstandmitglieder sowie die Stellvertreter nach § 19 Absatz 3 werden für die Zeit bis zur nächsten Bezirkstagung gewählt, auf der Neuwahlen anstehen. Die Amtszeit beginnt mit der Annahme der Wahl und endet mit der Feststellung des Ergebnisses der Neuwahl für das entsprechende Amt, spätestens jedoch mit dem Abschluss des Tagesordnungspunktes „Wahlen“.

§ 22 Geschäftsverteilung und geschäftsführender Vorstand

- (1) Der Bezirksvorstand legt erstmals zu Beginn der Wahlperiode die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten für die einzelnen Ämter fest und beschließt einen Geschäftsverteilungsplan.
- (2) Es wird ein geschäftsführender Vorstand gebildet, der aus Bezirksleiter, den stellvertretenden Bezirksleitern, dem Geschäftsführer und dem Schatzmeister besteht.

§ 23 Beauftragte

Für bestimmte Arbeitsgebiete kann der Vorstand Beauftragte berufen. Ihre Amtszeit endet mit Ablauf der Amtszeit des Vorstands oder durch Beschluss des Bezirksvorstands.

3. Schieds- und Ehrengericht

§ 24 Wahl

- (1) Es kann für den Bereich des Bezirks ein Schieds- und Ehrengericht gewählt werden. Die Besetzung regelt die Satzung der DLRG und die Schieds- und Ehrengerichtsordnung der DLRG.
- (2) Die Amtszeit der Mitglieder des Schieds- und Ehrengerichts entspricht der Wahlperiode des Vorstands.
- (3) Besteht kein ordnungsgemäß besetztes Schieds- und Ehrengericht, so tritt an seine Stelle das Schieds- und Ehrengericht des Landesverbandes Nordrhein e.V..

§ 25 Aufgaben und Verfahren

Die Aufgaben des Schieds- und Ehrengerichts ergeben sich aus §38 der Satzung des DLRG, §§ 31, 32 der Satzung des Landesverbandes Nordrhein e.V. und §3 der Schieds- und Ehrengerichtsordnung der DLRG. Die Zuständigkeit des Schieds- und Ehrengerichts sowie die Verfahrensordnung regelt die Schieds- und Ehrengerichtsordnung der DLRG.

VI. Ausschüsse

§ 26

Bildung von Ausschüssen

Ausschüsse und Arbeitskreise können durch Beschluss eines Organs für bestimmte Aufgabengebiete gebildet werden. Ihre Arbeitsergebnisse sind dem zuständigen Organ vorzulegen.

VII. Allgemeine Bestimmungen

§ 27

Geschäftsjahr

Geschäftsjahr ist auf allen Ebenen das Kalenderjahr.

§ 28

Einladungen

- (1) Einladungen zu den Versammlungen der Organe müssen grundsätzlich schriftlich erfolgen und die vorgesehene Tagesordnung erhalten. Das Original der Einladung muss vom Einladenden unterzeichnet sein. Die Übersendung an die Einzuladenden kann auf postalischem oder auf elektronischem Wege (per E-Mail oder Fax) erfolgen.
- (2) Zur Bezirkstagung kann auch unter Angabe der Tagesordnung durch Veröffentlichung im Solinger Tageblatt und/oder der Solinger Morgenpost und durch Aushang in den Ausbildungsstätten sowie durch Eintragung in der Homepage des Bezirks eingeladen werden.
- (3) Abweichend von Absatz 1 kann die Einladung zu einer Vorstandssitzung in Eilfällen auch durch telefonische Benachrichtigung der Einzuladenden erfolgen.
- (4) Die Frist für die Einladung beträgt – soweit nicht in § 16 anderes vorgeschrieben ist – außer in den Fällen des Absatzes 3 mindestens zwei Wochen. Für die Fristwahrung genügt die fristgerechte Absendung oder – im Falle des Absatzes 2 – die Veröffentlichung im Solinger Tageblatt und/oder der Solinger Morgenpost.
- (5) Zu Beginn einer jeden Versammlung ist die Ordnungsmäßigkeit der Einladung festzustellen.

§ 29 Anträge

- (1) Anträge an ein Organ sind schriftlich, versehen mit Begründung und Unterschrift unter Wahrung der jeweils vorgeschriebenen Frist einzureichen. Das kann auch per E-Mail oder Fax geschehen. Für die Fristwahrung ist der Eingang in der Geschäftsstelle maßgebend.
- (2) Anträge zu nicht auf der Tagesordnung stehenden Tagesordnungspunkten und solche, die sich erst bei der Beratung eines Antrages ergeben und nicht unter Absatz 2 fallen, sind, wenn sie als dringend bezeichnet und als solche auch schriftlich begründet sind, Dringlichkeitsanträge. Sie können nur mit Zweidrittelmehrheit zugelassen werden.
- (3) Fristgerecht eingereichte Anträge müssen den zur Versammlung eingeladenen Teilnehmern unverzüglich durch die einladende Stelle weitergeleitet werden, es sei denn, mit der Einladung ist bereits kundgetan, zu welchem Zeitraum und wo solche Anträge nach Ablauf der Frist eingesehen oder abgefordert werden können.

§ 30 Beschlussfähigkeit

- (1) Zur Beschlussfähigkeit von Organen und Gremien ist die Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Stimmberechtigten erforderlich, dies gilt nicht für die Bezirkstagung.
- (2) Wird die vorgeschriebene Mindestteilnehmerzahl einer zunächst beschlussfähigen Versammlung in deren Ablauf dauerhaft unterschritten, so tritt Beschlussunfähigkeit nur ab dem Zeitpunkt ein, zu dem diese auf Antrag von der Versammlung festgestellt wird.
- (3) Besteht keine Beschlussfähigkeit, kann innerhalb von zwei Monaten eine neue Zusammenkunft durchgeführt werden, die ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Stimmberechtigten beschlussfähig ist. Zu ihr muss mindestens zwei Wochen vorher schriftlich unter Bekanntgabe der Tagesordnung eingeladen werden. Die Mindestfrist des Satzes 2 gilt nicht in Eilfällen.

§ 31 Abstimmungen und Wahlen

- (1) Abstimmungen lässt der Versammlungsleiter durchführen. Es wird, soweit nichts anderes bestimmt ist, offen abgestimmt, es sei denn, es wird geheime Abstimmung mehrheitlich beschlossen.
- (2) Beschlüsse der Organe und Gremien werden, soweit diese Satzung nichts anderes vorschreibt, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen werden nicht mitgezählt. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.
- (3) Für Wahlen ist ein Wahlausschuss von drei Mitgliedern zu bestellen, der seinen Vorsitzenden

selbst bestimmt. Der Vorsitzende des Ausschusses hat die Stellung des Versammlungsleiters. Zu Mitgliedern des Ausschusses können auch anwesende Angehörige des Landesverbandsvorstands berufen werden.

- (4) Gewählt wird grundsätzlich offen, es sei denn, es wird mehrheitlich widersprochen. Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigt. Erreicht bei einer Wahl kein Kandidat die erforderliche Mehrheit, findet eine Stichwahl unter den Kandidaten mit den beiden höchsten Stimmzahlen statt. Gewählt ist dann, wer die meisten Stimmen erreicht. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los. Im Übrigen regelt das Verfahren die Geschäftsordnung der DLRG.

§ 32 Protokoll

Über den Inhalt jeder Versammlung eines Organs oder Gremiums wird eine Niederschrift gefertigt, die vom Versammlungsleiter und dem Protokollführer unterzeichnet wird. Sie muss den Mitgliedern des Organs oder Gremiums binnen eines Monats zur Kenntnis gebracht werden. Das gilt nicht für das Protokoll einer Bezirkstagung. Dieses kann bei der nächsten Bezirkstagung bekannt gegeben werden.

§ 33 Haupt- und Wahlamt

Wer in der DLRG oder einer ihrer Gliederungen haupt- oder nebenamtlich tätig ist, kann keine Wahlfunktion in Organen des Bezirks wahrnehmen.

VIII. Verhältnis Landesverband – Bezirk

§ 34 Anerkennung der Satzungen übergeordneter Gliederungen

Die Satzungen des Landesverbandes Nordrhein e.V. der DLRG und der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft e.V. als übergeordneter Gliederungen werden anerkannt und berücksichtigt. Die Satzung des Bezirks bedarf der Zustimmung des Landesverbandsvorstandes.

§ 35 Kontrollrechte

Der Landesverbandsvorstand ist berechtigt, die Tätigkeit des Bezirks zu überwachen. Er kann dazu jederzeit dessen Arbeit überprüfen und in die Unterlagen Einsicht nehmen.

§ 36 **Eingriffsrechte**

- (1) Der Landesverbandsvorstand kann bei groben Missständen im Bezirk alle notwendigen Maßnahmen einschließlich personeller Verfügungen ergreifen, um ein ordnungsgemäßes Arbeiten zu gewährleisten. Falls Eile geboten ist, haben diese Befugnisse der Landesverbandspräsident, die Landesverbands-vizepräsidenten oder eine von ihnen beauftragte Person oder Kommission. Über deren Maßnahmen hat der Landesverbandsvorstand alsbald zu entscheiden.
- (2) Wenn der Missstand auf andere Weise nicht behoben werden kann, muss für den Bezirk innerhalb von acht Wochen eine außerordentliche Tagung einberufen werden.

§ 37 **Mitwirkungsrechte übergeordneter Gliederungen**

- (1) Zu allen Bezirkstagungen wird der Landesverbandsvorstand fristgerecht eingeladen. Von allen Bezirkstagungen wird dem Landesverbandsvorstand eine Ausfertigung der Niederschrift binnen zwei Monaten zugeleitet.
- (2) Vorstandsmitglieder des Landesverbands Nordrhein sowie deren gewählten Vertreter haben das Recht, an Zusammenkünften der Organe des Bezirks teilzunehmen und dort das Wort zu ergreifen.

§ 38 **Pflichten des Bezirks**

- (1) Der Bezirk ist soweit zumutbar verpflichtet, seinen sachlichen, materiellen und personellen Beitrag insbesondere zu Ausbildungs-, Übungs- und Einsatzmaßnahmen, die von übergeordneten Gliederungen beschlossen wurden, gegebenenfalls auch über die Gliederungsgrenze hinaus zu leisten
- (2) Wird der Bezirk aufgrund Beschlusses einer übergeordneten Gliederung zu einer der in Absatz 1 genannten Maßnahmen herangezogen, werden ihm die dadurch entstehenden Kosten seitens der veranlassenden Gliederung erstattet. Erfolgt die Heranziehung aufgrund Ersuchens einer staatlichen Stelle oder einer Gebietskörperschaft öffentlichen Rechts, so ist deren Gegenleistung für die Höhe der Erstattung maßgebend. Ein weitergehender Erstattungsanspruch besteht im Falle des Satzes 2 gegen die übergeordneten Gliederungen nicht.
- (3) Zu den festgelegten Terminen werden dem Landesverband gegen Bestätigung zugeleitet
 1. der Statistische Jahresbericht,
 2. die Mitgliederstatistik und die Beitragsabrechnungen,
 3. der Jahresabschluss nebst zugehörigen Anlagen.Ferner sind termingerecht sämtliche Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen und die Auflagen zu erledigen, die durch Beschlüsse übergeordneter Organe festgesetzt worden sind.

- (4) ~~Die Fristen für den Zugang von Unterlagen und Zahlungen werden gegenüber dem Bezirk von~~

der Landesverbandstagung oder dem Landesverbandsrat festgesetzt. Für die Wahrung der Frist ist der Zugang maßgebend.

§ 39 **Interner Geschäftsverkehr**

Im verbandsinternen Geschäftsverkehr ist der Dienstweg einzuhalten. Dieser führt jeweils über die unmittelbar übergeordnete Gliederung.

IX. Ordnungen, Richtlinien und Anweisungen

§ 40

- (1) Im Rahmen der Ausbildungs- und Lehrtätigkeit nimmt die DLRG Prüfungen ab. Art, Inhalt und Durchführung werden durch die Prüfungsordnungen der DLRG geregelt.
- (2) Zur Durchführung von Versammlungen, Sitzungen und Tagungen gilt die Geschäftsordnung der DLRG, soweit diese Satzung nichts anderes vorschreibt.
- (3) Das Verfahren vor dem Schieds- und Ehrengericht regelt die Schieds- und Ehrengerichtsordnung der DLRG.
- (4) Personen, die sich durch besondere Leistungen auf dem Gebiet der Wasserrettung oder hervorragende Mitarbeit verdient gemacht haben, sowie langjährige Mitglieder können geehrt werden. Einzelheiten regelt die Ehrenordnung der DLRG. Darüber hinaus beschließt der Landesverband über anderweitige Ehrungen von Mitgliedern und Gliederungen. Ehrenmitgliedschaften kann der Bezirk mit Zustimmung des Landesverbandsvorstands verleihen.
- (5) Richtlinien und Anweisungen der DLRG sind für den Bezirk und seine Ortsgruppen verbindlich.

X. Veröffentlichungsorgan

§ 41

Das offizielle Veröffentlichungsorgan der DLRG wird anerkannt. Beschlüsse der Landesverbandstagung über das Veröffentlichungsorgan betreffende Bezugspflichten sind für den Bezirk, seine Gliederungen und die Mitglieder bindend.

XI. Schlussbestimmungen

§ 42 Satzungsänderungen

- (1) Änderungen dieser Satzung können nur von der Bezirkstagung beschlossen werden. Zu einem Beschluss über eine Satzungsänderung ist eine Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Stimmberechtigten erforderlich. Die Satzungs-änderung bedarf der Zustimmung des Landesverbands.
- (2) Die beantragte Satzungsänderung muss im Wortlaut und mit schriftlicher Begründung zusammen mit der Einladung zur Tagung bekannt gegeben werden. Anträge auf Satzungsänderung müssen drei Monate vor der Bezirks-tagung bei der Geschäftsstelle des Bezirks eingehen.
- (3) Änderungen, die sich aus der Diskussion über anstehende satzungsändernde Anträge ergeben, sind zulässig und unterliegen nicht der Antragsfrist.
- (4) Der Vorstand ist ermächtigt, Satzungsänderungen, die vom zuständigen Registergericht, Finanzamt oder vom Präsidium der DLRG für erforderlich gehalten werden, selbst zu beschließen und beim Registergericht anzumelden. Die Mitglieder sind von diesen Satzungsänderungen unverzüglich zu informieren.

§ 43 Auflösung des Bezirks

- (1) Die Auflösung des Bezirks kann nur in einer zu diesem Zweck mindestens sechs Wochen vorher einberufenen außerordentlichen Bezirkstagung beschlossen werden. Für diese Bezirkstagung ist die Anwesenheit von mindestens 10 Prozent der stimmberechtigten Bezirksmitglieder erforderlich. Der Beschluss bedarf einer Mehrheit von drei Vierteln der anwesenden Stimmberechtigten.
- (2) Bei Auflösung des Bezirks oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt dessen Vermögen bei Einwilligung des Finanzamtes an den Landesverband Nordrhein e.V. der DLRG, ersatzweise an die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft e.V., äußerst ersatzweise an einen anderen gemeinnützigen Verband mit gleicher oder artverwandter Zielsetzung. Der Begünstigte hat das Vermögen unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden.

§ 44 Inkrafttreten der Satzung

Diese Satzung wurde durch die ordentliche Bezirkstagung vom 22. April 2010 beschlossen. Sie wurde am 25. Mai 2010 durch den Landesverband Nordrhein e.V. der DLRG genehmigt und am 02. Oktober 2012 in das Vereinsregister des Amtsgerichts Wuppertal unter der Registernummer VR 26287 eingetragen. Sie tritt mit dem Tag ihrer Eintragung in Kraft.